### VENRO-Stellungnahme zum Bundeshaushalt 2015

Stand: 24.09.2014



# 896 07-023 Beitrag an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (BMZ)

Vom G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 sind wichtige entwicklungspolitische Impulse ausgegangen. Hieran sollten Bundesregierung und Parlament anschließen. Unter anderem wurde die Unterstützung der G8 für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose nachhaltig verstärkt. Deutschland hat damals seine Beiträge mehr als verdoppelt und die Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds ausgerichtet.

→ Auch für das Entwicklungsjahr 2015 fordern wir, dass die Mittel für den Globalen Fonds im Haushalt 2015 auf 400 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden, anstatt sie wie geplant auf 200 Millionen Euro zu kürzen.

# 687 01-023 Beiträge an die Vereinten Nationen, Beitrag zur Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (BMZ)

Im kommenden Jahr wird Deutschland die Wiederauffüllungskonferenz der Globalen Impfallianz Gavi ausrichten. Der deutsche Beitrag zu Gavi liegt erheblich unter dem anderer Geber: Für 2014 hat Großbritannien 644 Millionen Dollar zugesagt, während die deutsche Zusage bei 52 Millionen Dollar liegt.

→ Wir fordern den Bundestag auf, die erfolgreiche Arbeit der Gavi-Allianz ab 2015 mit jährlich 100 Millionen Euro in Form multilateraler Mittel zu unterstützen.

## 687 01-023 Internationaler Klima- und Umweltschutz (BMZ) 896 05-332 Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland (BMUB)

Ein bindendes Klimaschutzabkommen soll 2015 beschlossen werden und alle Länder zum gemeinsamen Engagement verpflichten. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung ihren Zusagen bei der finanziellen Unterstützung der armen Länder im Kampf gegen den Klimawandel nachkommt. Nach wie vor ist Deutschland weit entfernt von seinem angemessenen Beitrag zum Ziel der Industrieländer, ihre Klima-Hilfen bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu steigern, auch wenn im Bundeshaushalt 2015 ein kleiner Aufwuchs gegenüber 2014 vorgesehen ist (der allerdings die von uns kritisierten Kürzungen des laufenden Jahres gegenüber 2013 nicht ausgleicht).

→ Der Bundestag sollte im Haushaltsverfahren daher sicherstellen, dass der Aufwuchs deutlicher ausfällt – durch eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen in den Titeln Internationaler Klima- und Umweltschutz des BMZ und der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMUB sowie beim Barmittelansatz des Titels Multilaterale Hilfen des BMZ, um darüber neben den ersten Einzahlungen in den Green Climate Fund in den nicht minder wichtigeren Adaptation Fund zu ermöglichen.

#### 896 31-023 Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (BMZ)

Als Verband begrüßen wir den Schwerpunkt des BMZ auf Landwirtschaft und Ernährungssicherung sowie die Sonderinitiative "Eine Welt ohne Hunger". Trotz zahlreicher Bekenntnisse war die Unterstützung einer ökologisch nachhaltigen, standortgerechten familiären Landwirt-

schaft in den letzten Jahren mangelhaft. Weniger als drei Prozent der deutschen ODA wurden gezielt für den Schlüsselsektor Landwirtschaft eingesetzt. Dies konnte mit der Sonderinitiative gesteigert werden. Gerade die ärmsten Länder sind aber weiterhin am stärksten von Hunger und Armut betroffen. Die Förderung der familiären Landwirtschaft, die Stärkung von regionalen Märkten und Investitionen in Infrastrukturen sind Kernfaktoren für eine Verbesserung der lokalen Einkommenssituation und zur Schaffung von der Ernährungssicherheit sowie von regionalen Märkten.

→ Um Armut zu bekämpfen und Ernährungssicherheit zu fördern ist es notwendig, dem Sektor ländliche Entwicklung beim G7-Gipfel und in der Post-2015 Diskussion einen höheren Stellenwert als bisher zu geben und die Mittel deutlich zu steigern.

### 687 32-029 Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (AA)

Der Bedarf für Humanitäre Hilfe steigt kontinuierlich und seit 2013 teilweise dramatisch. Das humanitäre System muss zurzeit vier Krisen in der schwersten UN- Kategorie gleichzeitig bewältigen (Syrien/Nordirak, Südsudan, Zentralafrikanische Republik und Philippinen), dazu kommt die Ebola-Krise in Westafrika. Die Krisen werden nicht kurzfristig gelöst werden und der humanitäre Bedarf für Flüchtlinge und intern Vertriebene wird auf mehrere Jahre hinaus weiter bestehen bleiben. Im vergangenen Jahr wurden außerplanmäßige Mittel in Höhe 200 Millionen Euro für Syrien und die Nachbarländer bewilligt. In diesem Jahr werden erneut außerplanmäßige Mittel beantragt. Kurzfristige Mittel in der zweiten Jahreshälfte sind zwar eine willkommene Unterstützung, erschweren aber eine vorausschauende Planung und gute Umsetzung. Sie sind deutlich weniger effizient als eine kontinuierliche Ausstattung.

→VENRO fordert deshalb eine Erhöhung der Mittelansatzes beim Titel "Humanitäre Sofortmaßnahmen im Ausland" (Titel 68732) für 2015 von 202 auf 350 Millionen, sowie eine entsprechende Steigerung der Verpflichtungsermächtigungen. Auch die im humanitären System vorgesehenen Strukturveränderungen hin zu mehr Katastrophenvorsorge und der langfristigen Stärken der lokalen Kapazitäten ist ohne planbare Mittelausstattung nicht zu leisten.

# 896 32-023 Sonderinitiative Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren (BMZ)

Auch im BMZ müssen für die strukturbildende Flüchtlingshilfe und Reintegration von Flüchtlingen die notwendigen Voraussetzungen getroffen werden. Nach dem bisherigen Entwurf sollen die Barmittel der Sonderinitiative "Flüchtlingsursachen bekämpfen, Flüchtlinge integrieren" (Titel 89632) für 2015 im Vergleich zu 2014 um knapp zehn Millionen Euro reduziert werden. Dies ist aufgrund der enormen mittelfristigen Herausforderungen und der steigenden Zahlen von Flüchtlingen und intern Vertriebenen weltweit völlig unzureichend und das falsche politische Signal.

→ VENRO fordert die Ausstattung der Sonderinitiative auf dem bisherigen Niveau fortzuschreiben, um die Handlungsfähigkeit in dem Übergangsbereich zur Entwicklungszusammenarbeit nicht zu verlieren.

# 687 76-023 Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger (BMZ)

Nicht zuletzt fordern wir Sie auf, die Rolle der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit als einen wichtigen qualitativen Beitrag zu stärken. Eine starke Zivilgesellschaft kontrolliert staatliches Handeln, prangert Ungerechtigkeiten an und setzt sich für demokrati-

sche Mitsprache ein. Diese Aspekte zivilgesellschaftlicher Arbeit sollten von der Bundesregierung viel stärker genutzt werden.

→ Wir halten deshalb eine Steigerung des Titels Private Träger um weitere zehn Millionen Euro auf 77 Millionen Euro für notwendig.

## 684 71-023 Förderung der entwicklungspolitischen Bildung (BMZ)

Zugleich sollte die Inlandsarbeit in Deutschland weiter gestärkt werden – denn Entwicklungspolitik findet schon lange nicht mehr nur im Globalen Süden statt. Die Post-2015 Agenda wird voraussichtlich auch von Deutschland eine verbesserte Nachhaltigkeitspolitik einfordern, ein Klimaschutzabkommen wird nur Wirkung entfalten, wenn Klimaschutz auch weiter vom gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Die Bundesregierung geht damit einen wichtigen Schritt in Richtung Erhöhung der Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit.

→ Das Parlament sollte sie weiter darin unterstützen und den Titel auf mindestens 30 Millionen Euro erhöhen.

### Rückfragen und Kontakt:

VENRO, Jana Rosenboom, j.rosenboom@venro.org